

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

217 (18.9.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 95 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 95 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 88 M monatlich. Einzelheft 4.— M.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kaiserstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 10.— M, auswärts 12.— M. Die Mehrseitige 40.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Hungerpreise für das Brot — 17 Milliarden Liebesgabe für die Agrarier

Geschwridrige Brotpreiserhöhung — 17 Milliarden den Landwirten auf Kosten der Konsumenten — Steigerung des Brotpreises um das Vierfache — Ein Schlag gegen die Regierungskoalition — Schwere Gefährdung der innerpolitischen Situation

Gegen den klaren Willen des Volkes und gegen den Widerstand der sozialistischen Mitglieder, die auf das Angehörige des Reichstages hinwiesen, hat am Samstag der zur Begünstigung der Preise für das Umlagegetreide gebildete Ausschuss eine Erhöhung der Preise für das abzuliefernde Brotgetreide des ersten Umlagebrotmittels beschlossen.

Das Umlagegetreide soll auf das Vierfache verteuert werden.

Es wäre eine Frage weniger Wochen, daß auch das Brot auf den vierfachen Preisstand gebracht wird. Der Entschluß, der für das bisher gelieferte Getreide die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Preis zahlt, die Frage also, ob die hier von den sonst so auf Sparfüßigkeit bedachten bürgerlichen Vertretern der Agrarier zugewilligte Liebesgabe aus dem Säckel des Reiches oder dem der Verbraucher aufgebracht wird, steht noch ganz offen.

Mit der Korrektur des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides hat sich der lediglich zu Vorschlägen gebildete Ausschuss eine Befugnis anmaßt, die er rechtlich nicht besitzt. Die sozialistischen Vertreter haben deswegen jede Mitwirkung an diesem Beschluß verweigert.

Die Haltung unserer Parteigenossen, die gegen die Erhöhung schärfsten Protest einlegten, zeigt, daß die Partei freie Hand für ihr Verhalten haben will, wenn der Reichsernährungsminister auf einem Beschluß besteht, der nur mit Hilfe der außerhalb der Regierung stehenden Parteien eine parlamentarische Mehrheit finden kann.

Besonders auffällig erscheint, daß eine sofortige Erhöhung des Preises für das erste Umlagebrotteil erfolgen soll, ohne daß der Reichstag gehört ist und Stellung genommen hat.

Die geschwridrige Ueberhöhung der Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides würde eine Liebesgabe von etwa sieben Milliarden betragen!

Die Ausschussführung.

Den am Samstag zusammengesetzten Ausschuss, der im Umlagegesetz zur Festsetzung der Preise für Umlagegetreide vorgesehen ist, und der aus je 3 Vertretern des Reichstages, des Reichsernährungsministers und der Landwirte besteht, hat Reichsernährungsminister sehr um Stellungnahme zu der Erhöhung der Preise für das erste Drittel; sie sei notwendig, da die Geldentwertung die Preise für freies Getreide gewaltig gesteigert habe und bei den niedrigen Umlagepreisen die Ablieferung stünde.

Sie betrage bis zum September nur 110 000 Tonnen gegenüber dem Vierfachen im Vorjahre. Er beschloß nach entsprechender Entscheidung des Ausschusses die Reichsgetreidebestände anzukaufen, die erhöhten Beträge zu zahlen und wolle die Zustimmung des Reichstages nachträglich einholen.

Sachverständiger Wirtschaftswissenschaftler Gen. Hellwig protestierte gegen dieses Verfahren. Der Ausschuss habe keinerlei Recht, über die Preise des ersten Drittels zu sprechen.

Nachdem die Abg. Cuno (D. Vp.) und Schiele (D. M.) sowie der Agrarier V. Oppen den Standpunkt vertreten hatten, daß die Landwirte auch für das erste Drittel ihrer Ablieferung die Marktpreise mit einem kleinen Abschlag haben müßten, erklärte Gen. Hellwig (D. Vp.): Die Absicht des Ernährungsministeriums, die Preise für das erste Drittel aus eigener Machtvollkommenheit zu ändern, verstoße gegen das Gesetz. Sie sei für die sozialistischen Parteien wirtschaftlich und politisch untragbar. Würde trotzdem eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel beschlossen, so müßte das

von entscheidender politischer Bedeutung für die künftige Stellung der sozialistischen Parteien zur Regierung sein.

Für den A. V. gab Gen. Anall folgende Erklärung ab: Die Erhöhung des Brotpreises, die eintreten müßte, wenn der Preis für das Umlagegetreide erhöht wird, ist eine außerordentlich große Gefahr sowohl für die Ernährung der breitesten Volksschichten, als auch innerpolitischer Art. Die Spanne zwischen dem Einkommen der großen Masse der Bevölkerung und den Kosten der Lebenshaltung hat durch die Ereignisse der letzten Wochen eine geradezu bedrohliche Gestalt angenommen. Durch eine Erhöhung des Brotpreises würde diese Spanne noch größer, da erhebungsgemäß eine Erhöhung des Brotpreises stets eine Erhöhung der gesamten Lebenshaltungskosten nach sich zieht. Bei aller Anspannung ihrer Kräfte ist es den Gewerkschaften nicht möglich, diese Spanne auszugleichen, abgesehen davon, daß diejenige Verbraucher, die nicht einmal eine Gewerkschaftsorganisation haben (Sozialrentner, Kleinrentner, rentenlose Erwerbsfähige und Armentrentner) der weiteren Brotpreiserhöhung vollkommen wehrlos gegenüberstehen und heute schon buchstäblich am Verhungern sind. Es ist aber auch eine Erhöhung des Umlagepreises sachlich nicht berechtigt. — Ein

badischer Landwirt erklärte offen, daß man dort

bis zur neuen Preisregelung mit der Ablieferung zurückhalte. — Demgegenüber warf Gen. Rappler die Frage auf, ob die Landwirte bei einem Rückgang der freien Preise auch verlangen würden, daß die Umlagepreise erniedrigt würden.

Die Vertreter Preußens und Bayerns sprachen sich für eine wesentliche Erhöhung der Preise des ersten Drittels aus, die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg nur für eine mäßige, die aber auch

nur durch den Reichstag vorgekommen werden könne.

Nach einer Pause, in der die agrarischen Mitglieder unter sich tagten, brachte Schiele (D. M.) den Antrag ein, die Umlagepreise entsprechend den Indizes für August, September und Oktober festzusetzen, außerdem aber den Austauschfall des laufenden Wirtschaftsjahres zu berücksichtigen. Dieser Antrag bedeutet eine Verwirrung des vom Gesetzgeber für das erste Drittel festgesetzten Preises. Vor der Abstimmung erklärte Gen. Hellwig gleich im Namen von Schiele, Cuno, Rappler und Knoll, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen wozogen, um sich nicht an einer

geschwridrigen Handlung zu beteiligen. Sie seien auch gezwungen, jede Verantwortung für die Folgen eines beschiedenen Beschlusses abzulehnen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Schiele mit 11 gegen 8 Stimmen, bei Enthaltung der sozialistischen Mitglieder und des Reichsernährungsministers. Die gegen diesen Beschluß die Opposition des Reichstagsabgeordneten offenhalten will!

Karlsruhe, 17. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Nachricht von dem geschwridrigen Verlauf, eine Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides durchzuführen, hat bei den Parteimitgliedern, soweit sie in Karlsruhe schon eingetroffen sind, und beim Parteiausschuss helle Empörung ausgelöst. Man sieht in dem Beschluß des Preisausschusses einen bewußten Versuch gegen die derzeitige Koalition im Reich. Es wird als selbstverstandlich betrachtet, daß der Reichstag zu diesem Verhalten des Ernährungsministers Stellung nimmt.

Zur Sicherung der Volksernährung

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende „Große Anfrage“ eingebracht:

„Die ungeheure Preissteigerung der letzten Monate für fast alle Lebensmittel hat einen Notstand der Bevölkerung verursacht, der zu den schlimmsten Verwüstungen Anlaß gibt.

Wir fragen das Staatsministerium: Was ist geschehen, um diesem Notstand zu begegnen? Welche Maßnahmen sind insbesondere getroffen, um dem vielerorts sich zeigenden Mangel mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu begegnen?

Das Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat bereits am 29. August mit Rücksicht auf die ungenügende Wirtschaftslage Deutschlands eine Reihe entscheidender Lebens- und Genussmittel von der Einfuhr ausgeschlossen. In einer neuen Bekanntmachung, die demnächst veröffentlicht werden soll, werden eine Anzahl weiterer Gegenstände aufgeführt, für die die Einfuhr nach Deutschland gesperrt wird. Es handelt sich um Edelweiß, Ackerwerk, mit Branntwein zubereitete oder in Branntwein eingelegte Früchte, um Datteln, Austern, See- schildkröten, Seezwecke und Muscheln, Schnecken, Schildkröten und Krabskruken, die in anderer Weise als durch bloßes Ab- töten oder Einlegen zubereitet worden sind.

Der Arbeiter-Abkündigtenbund hat an den Reichstagsler folgende offene Anfrage gerichtet:

„Der Reichstagsler! Nach Zeitungsberichten haben Sie vor Vertretern der ausländischen Presse die Sicherung der Brotversorgung des Volkes als die wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet. Sie erklärten: „Ert Brot für das Volk, dann Wiederherstellung. Aus Gründen reiner Menschlichkeit müssen wir unsern Volk das Brot sicherstellen, um zu verhindern, daß es in Elend und Verzweiflung verjime.“ Ist Ihnen bekannt, daß trotz der Preis wachsenden Schwierigkeiten, aus dem Ausland genügend Getreide für die Brotversorgung zu erhalten, bauernd im Inland gewaltige Mengen Getreide zur Herstellung eines überflüssigen, j. schädlichen Genussmittels verwendet werden? Wissen Sie davon, daß im Rechnungsjahre 1921 nach den Erhebungen des statistischen Landesamtes in Deutschland 13 Millionen Sektner Getreide zu Bier vergoren worden sind?

Was gedenken Sie zur Beseitigung dieser unverantwortlichen Vergewaltigung wertvollen Getreides zu tun? Die dar- übernden Massen erwarten eine schnelle Antwort.“

Die Anfrage der abkündigten Genossen ist durchaus berechtigt. Die neue Verordnung der Regierung betr. die Einschränkung der Bierherstellung ist gänzlich unzureichend, da dadurch nur eine ganz geringe Verminderung des Getreideverbrauchs erzielt wird.

Weitere Tarifierhöhungen der Eisenbahn

BR. Berlin, 16. Sept. Der Reichsverkehrsminister beschäftigt in Anbetracht der Ausgabesteigerung für die Zeit vom Oktober 1922 bis Ende März 1923 von monatlich 26,6 Milliarden Mark die Gütertarife vom 1. Oktober über die bereits beschlossene Erhöhung von 33 Prozent hinaus um weitere 100 Prozent, ferner die am 1. Oktober in Kraft tretende um 50 Prozent erhöhten Personentarife vom 1. Januar um weitere 100 Prozent zu steigern. Die neuen Sätze ergeben bei den Gütertarifen das rund 370 fache, bei den Personentarifen das rund 140 fache der Friedenssätze.

Zur Herabminderung der Ernährungsschwierigkeiten sind stark ermäßigte Ausnahmetarife für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln, vorgegeben. Am 16. September tritt bereits ein Ausnahmetarif für Obst in Kraft, der Ermäßigungen bis zu 40 Proz. bringt. Es ist dafür gesorgt, daß derartige Tarifermäßigungen mit größter Beschleunigung, d. h. innerhalb einer Frist von wenigen Tagen, eingeführt werden können, um plötzlich eintretenden Schwierigkeiten gerecht zu werden.

Dr. Georg Heim, M. d. R., verlangt die Loslösung Bayerns vom Reich

Die Redaktion der „Globe“ schreibt in ihrer Nr. 25 vom 18. September:

Herr Dr. Georg Heim, der Führer der bayerischen Volkspartei, legt jetzt in Brünstönen Bekenntnisse seiner Reichstreu ab. Die Behauptung, daß er selber noch vor kurzem die Loslösung Bayerns vom Reich, die Wiedererrichtung des Rheinbundes unrückgängigster Erinnerung unter französischem Protektorat, die Schaffung eines katholischen Alpenstaates durch Verschmelzung Bayerns mit Deutsch-Österreich erstrebt habe, verweigert Dr. Heim lächelnd in das Reich der Fabel. Wer wird ihm nicht glauben? Ein Mann, der so wachheit in der Mundart nicht Joseph Rißer poltert, ein Mann, der in unwürdiger Aufrichtigkeit bayerische Saugrohren auf jeden Widersprechenden schlaudert, er muß doch ein Muster germanischer Treue und Biederkeit sein.

Rein, dieser „Manerndoktor“ lügt nicht. Wer sich überzeugen will, wie Herr Dr. Heim in unwandelbarer Treue stets zum Reich gestanden, wie er nie und nimmer an eine Loslösung Bayerns vom Reich (lies: an einen kompletten Landesverrat) gedacht hat, der lese den nachstehenden Artikel des Dr. Georg Heim, erschienen im „Bayerischen Kurier“ vom 1. Dezember 1918 (Nr. 394). Wir bemerken, daß wir den Artikel Dr. Heims un- verändert und unverändert wiedergeben. Lediglich die Ueberschrift, die im Original „Eisenerzergänge und Bayerns Zukunft“ lautet, haben wir durch die obensichende ersetzt, die uns eherlicher auf den Kern der Sache hingudeuten scheint.

Es folgt nun der Artikel Heims, der zunächst einige Stimmen aus Tirol und Salzburg zitiert, die eine Vereinigung dieser Länder mit Bayern behaupten, und dann ausführlich für Bayern zu diesem Thema Stellung nimmt. Dr. Georg Heim, M. d. R., sagt in seinen längeren Ausführungen wörtlich folgendes: „Ich, der vom bayerischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenschluß von Bayern, Vorarlberg, Tirol, Steiermark, Oberösterreich wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gleichen Empfinden, ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll.“

Ferner: „Wenn feststeht, daß die Allierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Österreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefolge des alten Reiches, dann muß es auf dieses allmählich verfallende, über Bayern voll- zieht und erstrebt diesen Anstich.“

Meiner Ansicht nach kann nur letzteres in Betracht kommen.“ Er schildert dann, daß Norddeutschland, ebenso wie Deutsch-Österreich dem internationalen Volkshemismus und der Ver-umpfung preisgegeben sei, und verlangt: „Es ist notwendig, daß wir uns abspinnen von dem Eiterherd und Süd- und Westdeutschland abspalten.“

Italien werde, so meint Dr. Heim, aus eigenem Interesse gern bereit sein, dem neuen Staat in Triest, das zum Freihafen erklärt werden würde, einen Zugang zum Meer zu gewähren. Die radikalen Elemente in Norddeutschland werden Deutschland immer tiefer in eine falsche Wirtschaftspolitik treiben. „Es wird ein Auflösungsprozeß werden, gefördert durch Korruption, wie sie in den schlimmsten kapitalistischen Zeiten nicht erlebt wurde. Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grund mit der Hoffnung späterer Wiedervereinigung unbedingt abtrennen und von dem wirtschaftlichen Zerfallsprozeß durch die eigenen Volksgenossen soviel wie möglich freihalten. Ähnliche Erwägungen haben bereits in den übrigen deutschen Bundesstaaten Boden gewonnen, selbst bis in die Reihen der alten Sozialdemokraten hinein. Ich erinnere an die sehr deutlichen Befindungen von Oeffen, Baden, Württemberg und erinnere ferner an die Bewegung in der Rheinprovinz und in Hannover. Bei einer derartigen Neugruppierung Deutschlands wird die Existenz eines Angliederung der Deutschen Österreichs keine Schwierigkeiten entgegenstehen und ich halte diesen Neuanstich der Deutschen Österreichs an Bayern als besonders im bayerischen Interesse gelegen. Es ist die Rettung und die Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für ein Wiederaufleben des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns.“

Die Betriebsräte in den Staats- und Gemeindebetrieben

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter veranstaltete im Dezember v. J. eine Kundgebung, um die Anwendung des Betriebsräte-Gesetzes in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Untersuchung unterbreitet der Verbandsvorstand nunmehr unter dem Titel „Die Betriebsräte in den Kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben“ der Öffentlichkeit. 750 von 888 Fällen des Verbandes haben sich an der Umfrage beteiligt. Von 20 Antworten konnte nur ein Teil veröffentlicht werden.

In 355 Betrieben mit 306 529 beschäftigten Arbeitern und Angestellten wurden 10 807 Betriebsratsmitglieder, Obleute usw. ermittelt. In 42 Betrieben gab es weder Betriebsräte noch Obleute. Es handelt sich hier um Kleinbetriebe, zum Teil ohne Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrats. Für 905 Betriebe bestehen 77 Gesamtbetriebsräte. Die Zentralisation der Betriebsräte hat den Vorteil, daß z. B. die einschneidenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes betr. Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken leichter überwinden werden, weil im Gesamtbetriebsrat neben den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerten auch die Kammereibehaltungen und Gesundheitswerten der Betriebsräte entschlüsselt. Nur in 1379 Betrieben (43 v. H.) ist für den Betriebsrat ein Geschäftszimmer vom Arbeitgeber bereitgestellt worden. Offenbar haben die Arbeiter nicht in allen Fällen, in denen nach dem Betriebsrätegesetz der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei einer Betriebsratswahl von über 100 Köpfen ein Geschäftszimmer einzurichten, ihr Recht geltend gemacht. In 600 Betrieben finden täglich Sprechstunden statt; in 1628 nur nach Bedarf und in 283 werden keine besonderen Sprechstunden abgehalten. In 420 Betrieben hält der Betriebsrat regelmäßig in 2948 nur nach Bedarf Sitzungen ab. In 636 Betrieben läßt sich die Behörde bei den Sitzungen regelmäßig, in 2449 nur bei besonderen Anlässen und auf besondere Einladung vertreten. In 2826 Betrieben (80 Prozent) finden die Sitzungen während der Arbeitszeit statt.

Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Führung der Wirtschaft des Betriebes und der Erteilung von Rat nach § 66 des W. G. ist in 1608 (50 v. H.) Betrieben gewährleistet. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Gemeinden trotz ihrer großen Finanzkraft so wenig Wert darauf legen, den Rat ihrer Arbeiter zu hören. Mancher gute, aus der Praxis erwachsene Vorschlag mag infolge dessen zum Schaden der Gemeinden ungehört bleiben. Neben den Namen des Gesetzes hinaus geht in 434 Betrieben die Mitwirkung der Betriebsräte. Sie sind in diesen Fällen in Deputationen, Verwaltungsausschüssen und Aufsichtsräten vertreten. Recht mangelhaft ist die Ausführensicherung des Arbeitnehmers über Betriebsvorfälle (1699 Betriebe) über die Berichterstattung über die Wirtschaftlichkeit des Betriebes (947 Betriebe) und über die Verteilung der Betriebsmittel (699 Betriebe). In 1755 Betrieben sind Maßnahmen über die Einstellung und in 2142 Betrieben über die Entlassung der Arbeiter getroffen worden. 1881 Betriebe haben im Einverständnis mit den Betriebsräten eine Arbeitsordnung erlassen, und obwohl ein Recht der Betriebsräte auf Teilnahme an den Unfalluntersuchungen besteht, werden sie nur in 1482 Betrieben dazu herangezogen.

Diese Statistik zeigt, daß sich die Arbeiter in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes bereits eine achtunggebietende Stellung erkämpft haben.

Der Kampf um die Hebersicht

„Der Feind, den wir am tiefsten haßen, der uns umlagert, schwarz und dicht, das ist der Unversand der Massen...“ Willkürlich hat die Sozialdemokratie diesen berüchtigten Vers des alten Wahlspruches gefügt, nie aber war dieser Vers wahrer als heute. Wie wäre es sonst denkbar, daß die Kommunisten in ihrem Kampf gegen das Hebersichtabkommen auch nur vorübergehend die Köpfe eines Teiles der Arbeiter verwirren konnten. Wir betonen: „Vorübergehend“, denn die volkswirtschaftliche Erkenntnis setzt sich durch. Immer mehr Arbeiter nehmen, wie die jüngsten Meldungen aus den Bergwerksrevieren betonen, das Hebersichtabkommen an. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß das Hebersichtabkommen bereits zu 85 Prozent durchgeführt wird.

Die Kommunisten sehen Himmel und Erde in Bewegung, um das Hebersichtabkommen herunterzureißen. So ziemlich jede festgestellte Tatsache wird auf den Kopf gestellt. Die Kohlenmangel war ein kapitalistischer Schwindel. Wie steht es mit dieser Kohlenzufuhr? Wir liefern Kohlen nach Holland, weil wir mit Holland das bekannte Kreditabkommen geschlossen haben. Also eine Ausfuhr, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wir liefern Kohlen nach der Schweiz, weil einige Reden zum Ausbau ihrer Anlagen einige Millionen Schweizer Franken geliehen

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Göttsch (Fortsetzung)

„Ihr Europäer sagt, es gebe alles so einfach langsam bei uns, Basken! Sie hätten die Arbeit dieses Morgens sehen sollen. In das Haus aber legte der Basko eine Wache von fünfzehn zwanzig Mann, die alle Freitag gewechselt wurden und nichts zu tun hatten, als das Türchen zu bewachen. Das Menschenfleisch im Kanal war zu Ende. Niemand außer ihren Dienerinnen und einem alten Eunuchen Mohammed Ali sahen Jochra in können fünf Jahren. Ihre Schätze und der Reichtum ihres Mannes blieben ihr. Aber nur Gott weiß, wie die Frau in ihrem Gefängnis gelebt hat.“

„Mein, nicht Gott allein!“ rief Names Weh nach einer Pause stehend fort, so daß ich mich zu ihm beugen mußte, um ihn zu verstehen. „Nach Solim, der seine Schwester nicht vergaß. Sie erlöste ihn ein Engel, als er noch ein kleiner Junge war, wie ich dir erzählt habe. Er glaubte nicht, daß sie anders geworden war. Er glaubt es heute noch nicht.“

„Er kannte die meisten Offiziere und bestaht die Wachen. Dennoch war es nur selten möglich, daß er die eingemauerte Besuche konnte, denn die Offiziere mußten, daß sie um ihren Kopf spielten. Der Wache, der die Frauenkleider aufbewahrte, die Namen zu seinen geschäftlichen Besuchen bei seiner Schwester brauchte, erzählte mir dies. Aber niemand hat bis jetzt erfahren, was Solim im Inneren des Hauses gesehen und gehört hat.“

„Das dauerte, bis die Seele von Mohammed Ali mich, die er starb, und nach seinem Tode Abbas Herr von Ägypten wurde. Nun wußte Jochra, daß es an ihr Leben ging. Doch in der Verzweiflung jener Tage gelang es ihr, auf der Kanalfähre aus dem Hause zu brechen und mit einem Diener Solims auf Kanalen nach El Aisch und von dort nach Ebrici zu entkommen. Sie floh nach Stambul und kostete dem Sultan ihre Not. Dieser gewährte ihr Schutz und befehligte, das ganze Vermögen der Frau herauszugeben, was auch geschah. Damit konnte sie sich einen kleinen Palast am Bosporus. Ägypten aber, ihre Heimat, vergaß sie nicht, und auch nicht Abbas und sein Haus.“

haben und nun aus dem Reichtum an Kohlen das Darlehen zurückzahlen, statt das Kapital direkt zurückzuerhalten. Wir liefern Kohlen nach dem Saargebiet, weil die Arbeiter selbst die Belieferung der Krankenhäuser im Saargebiet mit deutscher Kohle wünschten. Wir liefern ferner Austauschstoffe nach dem Saargebiet, weil man im Saargebiet Austauschstoffe nach dem bestimmten Qualität Kohle braucht. Also die Ausfuhr deutscher Kohle hat ein paar einfache und plausible Gründe.

Wir leiden in Deutschland an Kohlenmangel, weil wir vor allem den Anfall an oberflächlicher Kohle haben. Nicht nur die deutsche Eisenbahn, sondern auch die Industrie bezieht englische Kohle, von der wir auch jetzt noch immer eine Million Tonnen pro Monat brauchen. Wenn die Reichsbahn besonders nach englischer Kohle gegriffen hat, dann deshalb, weil sie mit deutscher Kohle sich nur für drei Tage eindecken konnte. Die Eisenbahn braucht also deutsche Kohle, wie die Industrie sie braucht. Kohle oder Arbeitslosigkeit! Das ist die Alternative, vor der die deutsche Arbeiterklasse steht.

Aber warum keine Vermehrung der Belegschaften statt der Hebersicht? Die Antwort ist einfach: Wo sollen die neuen Arbeitskräfte untergebracht werden? Es fehlen doch jetzt bereits 30 000 Wohnungen für die Bergleute in Rheinland-Westfalen. Sollen die Bergleute noch unhygienischer und gesundheitswidriger in den vorhandenen Wohnungen zusammengepfercht werden? Und selbst wenn Wohnraum vorhanden wäre — nicht auf die ungelerten Arbeiter kommt es so sehr an — sie sind stark vermehrt worden — sondern auf die geleerten Untertagearbeiter. Die Dauer fehlen im Bergbau; es fehlen mindestens 150 000. Diese fallen aber nicht vom Himmel. Ihre Vermehrung geht nur langsam vor sich. Auch ein richtiger Bergmann muß etwas gelernt haben. Natürlich muß auch der schickliche Apparat im Bergbau verbessert werden. Aber auch hier lassen sich die Dinge nicht über Nacht brechen. Jedenfalls kann man nicht warten, bis durch technische Verbesserungen Wunder geschehen. Sofortige Hilfe tut not.

Das sehen auch die erprobten Bergleute, die gerechten und überlegenden Teile der Bergarbeiterklasse, ein. Es sind zum Glück die jugendlichen Arbeiter, die weißt sie die Sachlage nicht übersehen, auf die kommunikativen Redensarten hereinfallen. Ein Teil dieser jugendlichen Arbeiter steht übrigens im Verhältnis zu den älteren, erprobten und verheirateten Bergleuten in der Entlohnung so gut, daß er auf den Verdienst aus dem Hebersichtabkommen aufweisen ruhig verzichten kann. Etwas mehr ausgleichende Gerechtigkeit und Billigkeit wäre hier sehr am Platze; dann hätte es das preussische Staatsministerium auch nicht nötig, sich darum zu sorgen, wie man die Gefahren des Arbeitsmangels von den jugendlichen Arbeitern fernhält. Man gebe den Hauer dem Gaul, der ihn verdient, und der kommunikativen Kram gegen das Hebersichtabkommen wird bald verfliegen.

Die Vorgänge in Kleinasien und die Situation auf dem Balkan

In der englischen, aber auch in der deutschen Presse, kommt mehrfach die Befürchtung zum Ausdruck, der völlige Sieg der Regierung von Ankara über Griechenland könne Anlaß zu einem neuen Balkankrieg sein. Die Ursachen derartiger Stimmungen sind auf der einen Seite die Drohungen der nationalistischen Regierung, nicht eher zu ruhen, bis Konstantinopel und Thrazien in ihrem Besitz sind, und auf der anderen Seite der Zusammenstoß Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands zu einem neuen Balkanbund, der sich ausdrücklich gegen die Absichten Kemal Paschas wendet. Man braucht diese Launen nicht zu übersehen und kann ihnen Ernst würdigen, ohne doch einem übermäßigen Pessimismus das Wort zu reden. Es wird gut sein, im Auge zu behalten, daß der Konflikt im Orient viel weniger eine Angelegenheit der direkt in Mitleidenschaft gezogenen Völkergruppen, als eine englisch-französische Angelegenheit ist. Kemal Pascha bleibt nur solange aktionsfähig, als es geht. Das es aber im Interesse Frankreichs, das auf dem Balkan sehr viel Symptorien zu verlieren hat und das im hohen Grade finanziell abhängig von den anderen Großmächten der Welt ist, liegt für die großbritannischen Ziele der Welt nicht im Widerspruch mit dem Wunsch, im Balkan ein neues Bündnis zu schließen, ist dem Balkan von neuem in die Luft zu sprengen. Ist denn doch sehr die Frage. Wenn Bulgarien sich in diesem Augenblick rührt, so ist das nur zu begrüßen. Es hat von seinen ehemaligen Kleinen Verbündeten zu viel erduldet, um nicht ähnlichen Stimmungseinstimmungen zu unterliegen wie die Türkei. Aber es ist nicht anzunehmen, daß es, nachdem es ein harter Friede zur Abkühlung gelang, jetzt genug ist, um dem neuen Balkanbund als ernsthafter Gegner gegenüberzutreten zu können. Und ein abschreckendes Beispiel zu geben, das ist wohl der Sinn dieses zweiten Balkanbundes, den Kriegslüsterer laun treiben dürfte.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

„Nun verzeihst du wohl, was du gehört hast, ehe Solim Pascha heute davon sprach, denn man weiß es in den Hofes von Kairo und von Stambul. Sie lebte am Bosporus wie die heimliche Königin des Mils und schloß und regierte ihre Vasallen aus der Ferne. Wenn Abbas einen Verwandten bedröhte, so wußte sie es; wenn er an der Verurteilung seiner Brüder arbeitete, so kannte sie seine Klame. Und auch er wußte, von wo ihm das Verderben drohte: er zitterte bei jedem Wink vor dem Gift, das sie in Stambul braute, jede Nacht von den Hausbesprechungen, die sie den Rindwinden mitgab. Aber etwas ahnte sie nicht, daß sie zwei Fischerlebensnaden für ihn ergoz, und daß sie es war, die die schönen Kameliden Schafan und Duffein verheiratet hatte. Schritt für Schritt, leise wie Regen, geduldig und sicher wie die Vesperröde an den fernestehenden Wänden unserer Kaufhäuser schlichen die zwei neben ihrem Herrn her, jahrelang, bis zur warmen Wadenanne zu Verha. Er merkte nichts. Jochra Pascha wußte, was sie wollte und was sie konnte. Noch in ihren alten Tagen — ein heißes Leben wie das ihre macht alt in wenigen Jahren — wußte sie die Männer zu verzaubern, daß sie für sie starben und für sie litten, wie sie gebot, und Erbarmen konnte sie nicht seit jener Nacht, in der sie auf dem Felde bei Schabra die Füße ihres Geliebten vergeblich gesucht hatte.“

„Aber Names Weh“, unterdrück ich ihn endlich, fröhlich, denn es war heiß und kühl geworden, das ist schauerhaft, das ist bunt!“

„Mein, Baskenaband“, entgegnete er leise. „Das ist nicht so bunt. Das sind die Farben unseres Orients, wenn du gemeiner gulest. Und es ist noch nicht alles. Du hast von El Sami gehört, dem Sohn Abbas Paschas, den die Narren seines Vaters zum Bischof machen wollten an Sais Stadt. Der arme Junge wußte nicht mehr, obgleich ihm Sais nichts guleide gekam hätte; denn Sais hat ein gutes Herz und konnte niemand elend sehen in seiner Nähe. Aber es ist ihm nicht in Kairo, wie wenn ihn die Erinnerung an seinen ermordeten Vater quälte. Auch er ging nach Stambul und lebte dort, wie junge Bringen leben. Vor vier Jahren hörte er an einem der schönen Abende, in denen sich das Paradies am Bosporus spiegelt, in einem Kafé am Ufer hin. Du weißt, wie dort die Wasser ziehen und wirbeln, an Stellen, wo man die Stelle eines Teiches erwartet. Solch ein Wirbel packte das umgeschickte, gesteuerte

Volkswirtschaft

Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr

Der Wirtschaftswissenschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am 18. September gemeinsam mit dem Finanzpolitischen Ausschuss mit der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Die Arbeitgebervertreter der Industrie erklärten, daß die Industrie für die richtige Kalkulation und Preisstellung einen festen Wertmesser braucht. Unter normalen Umständen ist das die Landwährung. Jede Schwankung der Wechselkursgrundlage macht die Kalkulation falsch, und die Preise enthalten dann entweder einen zu hohen Gewinn oder einen Verlust. Dies letzte war bei der Berechnung in West in den letzten Jahren der Fall und brachte die Arbeitgeber in die Gefahr, „Zufuhren“ und Betriebsverluste zu erleiden. Diese Gefahr zeigte sich zunächst am deutlichsten bei der Verarbeitung von ausländischen Rohstoffen. Bei einer längeren Verarbeitungzeit reichte der auf Grund der Einkaufspreise für den Rohstoff in West berechnete Preis der Fertigmare nicht mehr aus, um eine gleiche Menge Rohstoff vom Weltmarkt neu heranzunehmen, weil die West inzwischen gestiegen war. So lange die Entwertungsbewegung der West nicht war, war es möglich, diese Verluste durch ein Devisenentwertungsgeschäft zu beseitigen und den Preis der Fertigmare zu sichern. Das schnelle Abwärtsgehen der West in den letzten Monaten hat indessen dem Devisenentwertungsgeschäft die Grundlage genommen, da für Käufe der Fertigmare im Ausland heranzunehmen werden muß. Es liegt nicht im Interesse der Arbeitgeber, die Berechnung über inländische Zahlungsmittel zu führen. Die Berechnung über ausländische Zahlungsmittel muß die West im Papiermarkt erfolgen. Als Zahlungsmittel muß die West im Auslandsbereich erhalten bleiben.

Die Notwendigkeit einer festen Rechnungsgrundlage wurde von allen Seiten anerkannt. Doch wurde von Vertretern des Einzelhandels, der freien Berufe und der Reichsregierung hervorgehoben, daß eine solche feste Rechnungsgrundlage nicht aus dem Ausland heranzunehmen werden darf, sondern auf nationalem Boden aufbauen werden muß. Es liegt nicht im Interesse der Arbeitgeber, die Berechnung über ausländische Zahlungsmittel zu führen. Das würde die innere Kaufkraft der West völlig vernichten, die doch gerade die Westmacht erhält und ihre besonders die Ausfuhrmöglichkeit gibt. Die Erhaltung der inneren Kaufkraft der West und die sichere Preisberechnung zum Schutz der Schwerverluste sind also gleich große Notwendigkeiten der Wirtschaft, die sich unter den gegebenen Umständen nicht völlig, sondern nur auf einem Mittelweg vereinigen lassen. Die Verwendung ausländischer Sorten im Zahlungsverkehr wurde unbedingt abgelehnt. Die Berechnung in ausländischer Währung bei solchen Waren, die vorwiegend ausländische Rohstoffe enthalten, wurde gebilligt.

Diesem Standpunkt schlossen sich im wesentlichen die Vertreter der Verbände und der Arbeiter an. Die Arbeitervertreter betonten dabei, daß bei fortwährendem Gebrauch eines festen Wertmessers in der Wirtschaft auf die Festlegung der Lohn- und Gehaltsbemessungen durch den Staat zu verzichten. Wenn die Preise in Geldwerte berechnet werden, müssen auch die Löhne nach Geldwerten gerechnet werden, sobald ihre Kaufkraft beständig steigt und nicht wie augenblicklich bei fortwährender nomineller Steigerung ständig sinkt. Dieser Standpunkt wurde von allen Seiten durchaus anerkannt und nur der Ansicht entgegengetreten, als ob damit die Höhe auch auf die Höhe der Weltmarktwerte steigen müßten. Da viele Preise in Deutschland noch unter dem Weltmarktwert liegen, z. B. die Weizen, Getreideerzeugnisse, der Weizen und Weizen vieler aus deutschen Rohstoffen hergestellter Waren, können die Höhe sich nur nach einem Verbrauchsindex, vielleicht auch unter Berücksichtigung eines normalen Goldaufschlagspreises richten. Eine derartige Regelung würde von Vertretern der Arbeitgeber besonders aus dem Bereich der Wirtschaft sehr hartnäckig bekämpft werden, weil die Wirtschaftsfähigkeit sehr hartnäckig bekämpft werden würde.

Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich über die Möglichkeit gefestigter Zwangsbestimmungen für die Regelung des Zahlungsverkehrs. Die Arbeitgeber hielten ein Verbot der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im Inlandverkehr für angebracht. Die große Mehrheit der vereinigten Ausschüsse war indessen der Ansicht, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten sich nicht durch Verbote eindämmen lassen und daß man es darum den freien Vereinbarungen der Wirtschaft überlassen überlassen soll, die richtigen Maßnahmen zu treffen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde das Ergebnis der Aussprache festgelegt.

Wool. Der Schiffer und El Sami führten ein Wasser und trieben rasch nach Ufer ab. Das geschah bei Jochra Paschas Villa. Sie sah auf den Dache, um die Abendstunde zu trinken. Ihre eigenen Boote lagen am Ufer; ihre Leute saßen müßig am Strande. Sie befehligte ihnen, die Ertrinkenden zu retten. Aber sie hörte kein Rufe. Leute am Ufer hatten El Sami erkannt. Sie schrien: „Der Prinz! El Sami, der Prinz!“ Da sammelte Jochra wie von Sinnen: „Der Prinz, El Sami ben Abbas!“ und befehligte mit trübender Stimme ihren Schiffern, sich nicht zu rühren. So verlor El Sami mit einem Schrei. Sie wartete, aber wie eine Wüstenei — fünf Sekunden — schon — er kam nicht wieder herauf. Da warf sie die Arme am Himmel und schrie: „Allah! Allah!“ sie war ihr Angeficht und dachte Gott: „Betrunkener Dünkel!“ als ich in diesem Augenblick eine schwarze, zornverleichte Stimme über uns weg, alles im Zeit wie mit einem elektrischen Schlag erschütternd. Glücklich fragte es, wie das Zerreißen eines großen Eises. Meinand, und durch die weitgeöffnete Jochra strömte das tagesschöne Mondlicht, den keinen Raum bis in den hintersten Winkel überflutend. In der Dornung stand Solim in welchem Mantel, mit blühenden Augen, braunem Haar im Gesicht, die Jochra weitgehend, den Arm zum Stroh erhoben, wie ich ihn noch nie gesehen hatte. Weder ihn noch einen anderen Menschen. Aus seinen verzerrten Lippen sah die Beduinitin, seine Mutter, der alte Kamele, sein Vater, und etwas von Abbas' Mut.

Names und ich waren gleichzeitig aufgesprungen. Die gealterte Teekasse beherrschte gedrohen am Boden. In lächelnd Schrecken wußte ich der Weg auf die Arde, deutete den Kopf bis auf die Erde und blieb in dieser Stellung regungslos liegen — ein häßlicher Affe. Solim, sichtlich außer sich vor Zorn, erhob den Fuß und schloß sie ihm gegen den Kopf des Daligehens. Doch berührte er ihn nicht, und ich, alles vergebend — in solchen Augenblicken steht der Mensch dem Menschen gegenüber ohne Rang und Stand, frei und bloß, wie er geboren —, trat rasch zwischen beide, um das Rennerste zu verhindern. Da sah ich Solim plötzlich. Man sah die gewaltige Anstrengung in den sich verbleibenden Zügen. Er warf mir einen Blick zu, der mehr als zornig, eher traurig als finstern, drückte sich an und ging nach seinem Zelte zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratischer Parteitag

Augsburg, 17. September 1922.
(Eigener Bericht.)

Eine vieltausendköpfige Menschenmenge füllte den gewaltigen Raum der Sängerküche, als kurz nach 6 Uhr mit den Klängen des Sozialistenmarsches der diesjährige sozialdemokratische Parteitag eingeleitet wurde. Nach einem kräftigen Kampfliede der Augsburger Arbeiterfront und einem stimmungsvoll vorgetragenen Prolog nahm

Genosse Simon Augsburg

das Wort, um den Parteitag namens der Augsburger Parteigenossen zu begrüßen:

Seit langer Zeit tagt der Parteitag wieder einmal in Bayern und zum ersten Mal in Augsburg. Die Genossen Augsburg haben mit großer Freude die Kunde vernommen, daß die Tagung wieder in Augsburg stattfinden wird. Augsburg ist geschichtlich und parteigeschichtlich ein wichtiger Boden. Augsburg bildet auf eine 1000jährige Vergangenheit zurück. Die Mächtigkeit und Sparsamkeit des Nordens haben sich in Augsburg mit der Lebenslust des Südens verbunden und der Stadt ihr Gepräge gegeben. Als die Reformationszeit über Augsburg kam, stand Augsburg im Mittelpunkt des Weltgeschehens.

Schon 1834 wurde in Augsburg eine Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet. Nebenbei hatte dieser Verein 1899 Mitglieder. Er gründete eine Zeitung und der Arbeiter, der mit den Genossen der Arbeiter gebaut wurde, gibt heute noch Zeugnis von der Solidarität und dem Optimismus der damaligen Arbeiterfront von Augsburg. Die Kampfe zwischen Eisenbahnen und Kapitalisten übertrugen sich damals auch auf die Augsburger Arbeiter. Nebenbei hat sich bereits damals eine Einigung herbeizuführen. Erst fünf Jahre später waren die Verhältnisse reif genug, um das Proletariat zu einigen. Der Krieg im Jahre 1870 hat wieder einen Aufschwung gebracht. Ein Teil der Arbeiter ist ins nationalstaatliche Lager übergegangen. Nach der Einigung in Gotha war aber auch in Augsburg wieder ein Aufschwung zu verzeichnen. Die Genossen haben wieder eine Zeitung gegründet und die Organisation aufgebaut. Dann kam das Sozialistengesetz, das die mühsam aufgebaute Organisation wieder zerschmetterte. Aber auch die Schreden des Sozialistengesetzes wurden überwunden. Die Arbeiter mußten sich freilich zunächst in unpolitischen Vereinen, Krankenkassen und Gesangsvereinen zusammenschließen. Von Augsburg ist ja die gelbe Bewegung ausgegangen. Der gesunde Sinn der Augsburger Arbeiterfront hat auch diese Periode überwunden. Dann kam der Aufstieg. Die Zersplitterung brachte einen Aufschwung, aber wir sind trotzdem in der Mehrheit geblieben. (Beif. Beifall.)

Genosse Hermann Müller (Parteivorstand):

Wir versammeln uns in selten erster Stunde. Fast vier Jahre sind seit dem Ende des unseligen Weltkrieges verstrichen, aber die Ruhe in Europa ist noch nicht wiedergekehrt. Vier Jahre Weltkrieg und vier Jahre Gewaltfrieden haben gleich große maraschische Bewältigungen angerichtet, die noch lange nicht ausgeglichen sein werden. Das deutsche Volk steht vor einem Winter, wie er bedrohlicher für die Massen und damit auch für Staat und Gesellschaft nicht einmal zur Kriegszeit war. In den Reihen unserer Kriegsgenossen ist auch heute noch nicht überall die Erkenntnis vorhanden, daß 60 Millionen Deutsche leben müssen. Wenn nicht noch in diesem Jahre eine europäische Konferenz die Reparationsleistungen auf ein erfüllbares Maß herabsetzt, so wird es mit Europas Herrlichkeit bald für immer vorbei sein. Heute schon leiden die Siegerstaaten und die neutralen Staaten wirtschaftlich schwer unter dem Verfall der Welt. Soll sich das noch verschärfen? „Sieg der Demokratie“ und „Ausrichtung einer dauernden Herrschaft des Friedens der ganzen Welt“ waren die Kriegsversprechungen der Ententeentsamänner.

Soll das ewig eine der größten Lagen der Weltgeschichte bleiben?

Der Weltkrieg brachte einen Frieden, der nur neuen Saß läte und eine Politik, die die Demokratie in Deutschland auf das schwerste schädigte. In dem verfallenen Blute Erzbergers und Rathenaus sind gewiß in erster Linie die internationalen Kapitalisten schuld. Aber in zweiter Linie sind jene verblendeten Ententepolitiker, die das unbedenkliche Deutschland nicht zur Ruhe kommen lassen.

Die deutsche Demokratie hat Uebermenschenliches zur Rettung der deutschen Verhältnisse geleistet. Wenn aber nicht bald mit dem Schlimmen der politischen Prostration und der ökonomischen Unterdrückung des deutschen Volkes gebrochen wird, so muß bald der Tag der Katastrophe hereinbrechen. Das Schicksal Osteuropas und Russlands sollte eine Warnung sein. Vernunft im Lager unserer früheren Gegner und härtester Wille zur Selbstbehauptung im Innern können allein Hilfe bringen.

Soll dieser Wille im Innern nicht gelähmt werden, so muß auf das Existenzminimum der breiten Massen des deutschen Volkes Rücksicht genommen werden. Die Arbeitskraft ist unser kostbares Gut, ihre Gefährdung macht jede Wiederherstellung Deutschlands unmöglich. Heute aber ist das Existenzminimum des deutschen Volkes infolge der Preisentwertung für alle notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel in schwerster Gefahr. Die bestehenden Klassen reden von einer Volksgemeinschaft, zu der sich alle Deutsche zusammenschließen müßten. Sie versündigen sich aber gegen diesen Gedanken, indem sie nicht mitleiden, um dem Volke eine eisernen Nation von Brot, Kartoffeln, Fleisch und Zucker zu ermöglichen. Preis zu zahlen. Wir haben vom Senen der freien Wirtschaft genug, die für das arbeitende Volk nur schmerzliche Ausbeutung bedeutet. Händler und Produzenten sind in ihrer Habgier unerfährlich.

Weshalb haben alle bürgerlichen Parteien in dem Reichstagsauschuß, der für das zweite und dritte Drittel des Ersatzjahres den Preis für das Anlagegeld festzusetzen hat, zugestimmt, daß bereits im ersten Drittel der Preis für das Anlagegeld verdreifacht werden soll. Wir haben gegen die Ausföhrung dieses Beschlusses, dem die gesetzliche Unterlage fehlt in einem Telegramm an den Kanzler heute protestiert und erklärt, daß wir, wenn das Kabinett dem zustimmt, die Verantwortung für das, was im Winter kommt, nicht tragen werden. Dieser Beschuß ist in keiner Weise gerechtfertigt. Zu welchen Protesten sollen wir dann kommen, wenn die Getreidepreise so in die Höhe getrieben werden? Unsere Agrarier scheinen zu glauben, daß 15 Millionen Deutsche zwiefel auf der Welt sind. Für Getreide und Zucker der Armen bedeuten solche Beschlüsse den Hungertod. Der Parteitag wird sich mit diesem neuesten Verrat auf die Lebenshaltung des deutschen Volkes noch im Einzelnen zu befassen haben.

Die Freiheit, die die kapitalistischen Kreise meinen, ist nichts anderes als die Zwangswirtschaft der Kartelle, die das Volk nach dem uraltesten Zankbarde anwerben. Diese wachstenden Kartellen schließen ihre Geschäfte in Dollar und Pfunden ab und

entwerten so die deutsche Wirt zu Papierfetzen. Wir verlangen, daß den Massen das zum Leben Notwendige zur Verfügung gestellt wird.

In den Klassen, die die Herrschaft über die Produktionsmittel haben, steigt seit Kriegsende der Wohlstand, während die große Masse in steigendem Maße verelendet. Und da kommen die Sozialisten und Genossen und fordern die Aufgabe der Klassenkampfes, die durch ihre Politik täglich bestätigt wird. Selbst christliche bürgerliche Demokraten und sozialistische Demokraten nach der Revolution nicht bürgerliche und sozialistische Demokratie zu einer einheitlichen großen demokratischen Partei verschmelzen lassen, sie haben das ABC der Politik nicht begriffen. Wir haben jedenfalls nie vergessen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern Sozialdemokraten waren, sind und bleiben werden. Freilich sind nicht die besten Klassenkämpfer, die dieses Wort täglich mindestens dreimal aussprechen. Klassenkampf ist keine Sache des Wanklers, sonst wären die Kommunisten die besten Klassenkämpfer. Den Klassenkampf führen, heißt für uns: die Interessen der Arbeiterklasse in den Tageskämpfen der Politik und Wirtschaft mit äußerster Energie wahrnehmen. Die Politik, die die Sozialdemokratie in den letzten Jahren getrieben hat, hatte nur das eine Ziel der Stärkung der Arbeiterfront. Mit dieser Politik ist die Sozialpolitik ebenfalls verknüpft, wie die Arbeiterfront der Gewerkschaften. Unter nichts Ziel muß aber sein, zu verhindern, daß die deutsche Republik zum Gebiärderepublik wird. Wir müssen die deutsche Republik nicht nur auf Referendare von 1871, sondern am liebsten auf die Zustände zur Zeit des Regensburger Meißnags zurückzuführen müssen. Und das alles, weil in München einmal die Nationalversammlung war, von deren Druck Bayern befreit wurde durch das Reich. Gebrochen haben sich die Wahlen des bayerischen Staatskommunismus damals an der Weisheit der sozialdemokratischen Arbeiterfront. An dem Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterfront Bayerns wird sich auch die Macht der Weisheit brechen.

Die deutschen Arbeiter werden weder fremden Bedrückern noch heimlichen Partikularisten jemals auch nur den kleinsten Finger reichen. Deshalb werden sie auch die Republik gegen jeglichen Feind freudig verteidigen. Wir fühlen uns heute für diese Aufgabe besser gerüstet als seit Jahren. Heute, wo wir wissen, daß die Einigung der beiden sozialistischen Parteien die Aufgabe von morgen sein wird!

Nicht alle die, die sie ersehnten, konnten sie erleben. Wir betrauern eine Reihe braver Genossen, die uns viel zu früh entzogen wurden. Ich erinnere an Alwin Gerich, an Dieb, Pflanz, an Sandermann, Rietze und Oldendorf, und vor allem an Otto Que, der zu denen gehörte, die wegen ihrer glänzenden Begabung und ihrer seltenen Laikraft von Freund und Feind gleich geschätzt werden. Nicht zuletzt aber wollen wir hier in Augsburg Gedenken geben. Weisheit, der ein Bayer war, aber dabei doch allezeit ein guter Deutscher.

Wir, die wir das Glück haben, das Ende des Bruderkrieges unter Sozialisten zu erleben, wir haben die Pflicht, mit demselben Eifer wie unsere großen Vorkämpfer für unsere Ideen weiter zu wirken. Die beiden sozialistischen Parteien wurden zusammengeführt in Kampf zum Schutze der Republik. Ihre Erhaltung, die der Rettung der Republik sehr zum Schaden geriet, wird für immer der Geschichte angehören. In der Verantwortung für das Geschick der vom inneren Feind bedrohten Republik gehen beide Parteien in einer höheren Einheit auf. Wir sind uns der Schwere der uns bevorstehenden Aufgaben wohl bewußt. Auch vereinigt werden wir morgen noch nicht den Himmel stürmen. Die Parole „Werde druff“ überlassen wir den Nationalisten und Kommunisten.

Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien muß unsere Werkstätte vernehmlich machen, die in den Zeiten des Bruderkrieges gleichgültig gewordenen müssen wieder herangeholt werden. Die deutsche Arbeiterklasse kann sich, wenn sie nicht wie die russische verelendet soll, den Zugang der gegenseitigen Bekämpfung nicht mehr leisten. Wenn wir auf dem Boden der Brüderlichkeit sicher vorwärts schreiten, so werden wir eher ans Ziel kommen als jene wilden Stürmer, die sich im Nebel der Phrasen verlaufen. Wir sind, wie wir das seit Augsburg waren, von ganzem Herzen zur Einigung bereit, und der gleiche Wille wird unsere Brudervereinigung in Gera befehlen. Wir stehen am Ende eines Abschnittes der sozialdemokratischen Geschichte Deutschlands, der sehr viele bittere Tage enthielt. Aber trotz aller Stürme der Zeit sind wir die Partei der deutschen Proletarats geblieben, von der die Geschichte in einem neuen Abschnitt neue Taten verlangt. Im Auftrag des Parteivorstandes eröffne ich hiermit den Parteitag. Möge er rasch gute Arbeit leisten. Und dann auf nach Nürnberg! Auf zum Zusammenfluß der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands! (Langanhaltender Beifall.)

Nach der Rede des Genossen Müller schreitet der Parteitag zur Konstituierung des Bureaus. Zu Vorkommenden werden gewählt: Weisheit-Berlin und Simon-Augsburg, zu Schriftführern: Ragner-Doyreuth, Schäffner-Sannover, Anna Kohnen-Augsburg, Berlin, Winkler-Göteborg, Girsner-Münche, Niedmiller-Köln, Schab-Berlin, Gühring-Ilm, Kurtz-Weiß. — In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Denker-Darmstadt, Diez-Köln, Lehmann-Frankfurt a. M., Kasper-Landsberg a. W., Frau Wellmann-Halberstadt, Kuhn-Siegen, Ludwig-Görlitz, Kitz-Jena, Frau Bode-Hamburg.

Zur Tagesordnung schlägt Weisheit namens des Parteivorstandes vor, bei Punkt 1 die Behandlung der Frage Internationalismus und Einigung des Proletariats abzutrennen und als besonderen Punkt Mitte der Woche zu behandeln, also zu einem Zeitpunkt, an dem auf dem unabhängigen Parteitag in Gera die Einigungsfrage behandelt wird. Der Parteitag stimmt diesem Antrag zu. Damit sind die von mehreren Orten gestellten Anträge, die Einigungsfrage als besonderen Punkt vom Parteitag zu behandeln zu lassen, erledigt. Nachdem so die Tagesordnung des Parteitages festgestellt worden ist, begrüßt Weisheit die zahlreich erschienenen Vertreter der ausländischen Brudervereinigungen.

Es folgten darauf Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. Stanning-Dänemark betonte die Stärkung der deutschen Republik sei wirtschaftlich und kulturell von höchster Bedeutung für die internationale Politik und den internationalen Sozialismus. Der Engländer Davis wies unter lebhaftem Beifall darauf hin, daß deutsche und englische Arbeiter im Kampfe gegen Imperialismus und Raserei zusammenstehen müßten. Die Einigung der deutschen Sozialisten werde für die Einigung der ganzen Welt das Signal sein. Die englischen Arbeiter protestieren auf das entschiedenste gegen die Unterdrückung des deutschen Volkes. Der belgische, schwedische und schweizerische Vertreter begrüßten gleichfalls die Einigung. Mit Dankworten an die ausländischen Vertreter schloß daraufhin der Vorsitzende Weisheit die Eröffnungssitzung.

Gemeindepolitik

Kostmaßnahmen für die minderbemittelte Bevölkerung in Mannheim

Zur Binderung der Notlage der minderbemittelten Bevölkerung werden nach einem Stadtratsschreiben vom 13. ds. Mts. in Mannheim im kommenden Winter die nachstehenden Kostmaßnahmen durchgeführt werden. Der Kreis der Berechtigten soll umfassen:

- a) Familien und Einzelpersonen, die in öffentlicher Fürsorge stehen, b) Sozialrentner, c) Kleinrentner, d) bedürftige Familien mit mehr als 4 Kindern, e) alte Leute über 60 Jahre, f) Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide, die von der öffentlichen Fürsorge im Schutze stehen.
- An Kostmaßnahmen sind vorgesehen: 1. Erleichterungen im Brot- und Milchbezug, wofür rund 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stehen, 2. Abgabe von Mehl zu billigen Preisen um die Weihnachtzeit, 3. Zuweisung von Holz und Kohlen aus städtischen Vorräten an mäßigen Preis, sowie Zuweisung bei der Verteilung der mangelnden Brennstoffe, 4. Abgabe von Abwechslungen auf Kartoffeln und Nahrungsmittel, 5. Einrichtung von Wärmehäusern, 6. Abgabe von Zwischengeld gegen geringes Entgelt. Um während der Frostzeit ein Stöden der Kartoffelverwertung für die mäßigen Kreise, die nicht in der Lage sind, sich Bezüge für den Winter einzulagern, aber nicht unter die obige Preisgrenze fallen, zu vermeiden, sollen etwa 25 000 Zentner Kartoffeln zur Verfügung der Stadt eingelagert werden, sofern die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können. Die Armenunterstützungsstellen werden mit sofortiger Wirkung um 200 h. S. erhöht, ebenso werden die Winterzuschläge für die in öffentlichen Fürsorge stehenden Personen angemessen erhöht. Die Winterzuschläge sollen möglichst in Geldwerten geleistet werden. Kapitalrentner können einmalige Winterzuschüsse erhalten, wofür Mittel von Reich, Land und Gemeinde bereitgestellt sind. Anträge sind zu stellen bei der Kleinrentnerkommission N 2, 4 1. Obergesch.

Einmalige Zuschüsse können auch bedürftige Erwerbsunfähige alte Leute erhalten; hierfür stehen Landesmittel zur Verfügung.

Badischer Städteverband

Der badische Städteverband hielt am 9. September ds. Jts. in Karlsruhe zu Konstant unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Oberbürgermeister Finter, Karlsruhe, eine Vorstandssitzung ab. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Lage der Gemeindefinanzen. Es bestand einmütig die Auffassung, daß die fortwährende Verschlechterung der Lage neben der bevorstehenden Änderung des Landessteuergesetzes (Kriegsteil) auch alsbaldige Reformen der Steuererhebung des Landes dringend erforderlich macht. Auf die schon früher mehrfach erforderte Forderung der Gemeinden, ein selbständiges Aufschlagsrecht zur Einkommensteuer zu erhalten und im Rahmen der Reichs- und Landessteuerverordnung selbständige weitere Steuern zu erheben, können die Gemeinden nach wie vor nicht verzichten. Ueber die zur Besserung der Finanzlage zu ergreifenden Maßnahmen fand eine eingehende Aussprache statt. Der Entwurf einer allgemeinen Vollzugsverordnung zur badischen Gemeindeordnung gibt zu ersten Bedenken Veranlassung. Einzelne Bestimmungen des Entwurfes müssen noch Inhalt des Vorstandes dazu führen, die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zu bestimmten Abänderungen notwendig zu den einzelnen Punkten beim Ministerium gestellt werden.

Weiterhin beschäftigte sich der Vorstand mit dem Regierungsentwurf des Vollzugsverordnungs, der zur Zeit dem Landtag vorliegt. Neben anderen Bedenken können sich die Städte mit der beschriebenen Kostenverteilung, wonach die Städte mit Staatspolitik von dem Aufwand der Polizeibeamten nicht befreit zu werden haben, in keiner Weise einverstanden erklären. Bezüglich der Art der Verteilung des Aufkommens aus der Wohnabgabe für Badenweiler müssen die Städte verlangen, daß sie hinsichtlich entsprechender Mehrkaufmann auch größere Berücksichtigung bei der Verteilung der Mittel finden und daß das Land auch für das laufende Jahr höhere Mittel, als bisher beabsichtigt war, zur Verfügung stellt.

Der von der Vereinigung badischer Oberlehrer und Volkshoren beim Unterrichtsministerium unterstellte Stadtschulämter erachtet werden, wird untersucht.

Das Schulgeld an den höheren Lehranstalten entspricht nicht mehr der heutigen Geldwertveränderung. Das Schulgeld müßte der Steigerung der Löhne jeweils angepaßt werden.

Neben vielen anderen Fragen, die noch Gegenstand der Aussprache waren, wurde schließlich die derzeitige Ernährungslage eingehend besprochen. Der Vorstand empfiehlt den Städten, die Finanzierung der Beschaffung von Kartoffeln und anderen wichtigen Lebensmitteln zu erleichtern. Er legt dabei aber voraus, daß auch der Staat sich an der Erfüllung dieser Aufgabe nachdrücklich beteilige.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Neue Welt-Kalender. Der in keinem siebenundvierzigsten Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1923 (Hamburg: Buchverlag und Verlagsanstalt Kuer u. Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalenderreim, — Märchen, — Bedenkenwerte Briefen, — Die Geschichte eines einfachen Mann, erzählt von H. Stempel (mit Illustrationen), — Statistik in Wort und Bild, — Auf dem Wege zur neuen Schule, von Richard Kohnen (mit Illustration), — Ein tausendfältige Schule, Naturwissenschaftliche Wanderer von Bruno S. Würpel (mit Illustrationen), — Drei Gebiete: Wille, Schicksal, Die Erde blüht, — Der Altonaer Zentral-Schulgarten, von W. Furlenberg (mit Illustrationen), — Arbeiterferien und Volkshochschule, von Anna Poljard (mit Illustrationen), — Der Arzt wider Willen, Eine Tragikomödie von Theodor Thomas (mit Illustration), — Für unsere Mädel, — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier von Ludwig Kohnen, — Neues Leben, sowie ein Wandkalender, Der Preis des Kalenders beträgt 20 M.

„Arbeiter-Kalender für 1923.“ Das handliche gut gebundene Notiz- und Nachschlagebuch wird demnächst wieder im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin und J. ds. Mts. Kaff, erscheinen. Bei den diesseitigen Anrufen, die den modernen Arbeiter betreffen, kann er eines Lesebuches nicht entzelen, das ihm die nötigen Auskünfte und gleichzeitig Gelegenheit zu eigenen Eintragungen gibt. Genossin Judasz behandelt in einem instructiven Aufsatz das Führerwesen und veranschaulicht die hier in Frage kommenden Uebesen. Auch das übrige Arbeitermaterial (Parole, Gewerkschaften, Briefe, Wandkalender, Volkshochschule, Sport, usw. Organisationen) ist von besonderer Wichtigkeit. Den Lesern ist gegliedert Teil für eigene Notizen begleitet die Angabe wichtiger Gedanken. Alles in allem ein nützliches Buchlein, das zur Anschaffung empfohlen werden kann.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 18. September

Geschichtskalender

18. September. 1848 Barrikadenkampf in Frankfurt a. M. und Darmstadt. — 1904 Sozialdemokratischer Parteitag in Bremen, 1910 in Magdeburg. — 1921 Sozialdemokratischer Parteitag in Weimar.

Karlsruher Parteinarbeiten

Sozialdem. Verein. Heute abend 7 1/2 Uhr im Volkshausgebäude, 2. Stock, Vorstandssitzung. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist notwendig.

Besitz Grünwinkel. Mittwoch, 20. ds. Mts., abends 8 Uhr im „Friedrich“ Parteiversammlung. Gen. Kozbach-Karlsruhe wird einen Vortrag über „Krisis, Zentrum und Sozialdemokratie“ halten. Ein guter Besuch der Versammlung wird erwartet.

Die Verwendung des Gases im Haushalt und Gewerbe

Sparen! Sparen! wird uns von allen Seiten entgegengekauft und nicht zuletzt ist es die Küche, die am meisten unter dem Sparzwang zu leiden hat. Es war deshalb ein ganz guter Gedanke des Gaswerks, Aufklärung über die Verwendung des Gases im Haushalt und im Gewerbe in einer öffentlichen Versammlung geben zu lassen und insbesondere darüber zu zeigen, wie in der Küche an Gas gespart werden kann. Das große Interesse zeigte sich in dem außerordentlich guten Besuch, denn der Gastsaal war überfüllt. Herr Oberinspektor Müller vom Stadt-Gaswerk bereitete sich in einem interessanten Vortrag über die Verwendung des Gases im allgemeinen und speziell, daß das Gas immer noch die billigste und zweckmäßigste Wärme- und Heizkraft darstellt. Das Gas sei nur 140mal teurer als in Friedenszeiten, die Kosten aber das 500-600fache. Das heutige Gas beanspruche eine andere Einstellung der Verbrauchsapparate wie vor dem Kriege. Der Vortragende gab ein anschauliches Bild über die Zweckmäßigkeit der richtigen Gasverwendung zu Beleuchtungs- und Heizzwecken. Bei der Beleuchtung sollten nur Sparlampen verwendet werden, da sie mindestens 25 Prozent Ersparnis bringen. Reinhaltung der Luft bei allen Gasverwendungsgegenständen ist stets erforderlich. Bei Störungen wende man sich zuerst ans Gaswerk. Gewantelte Röhren vor dem Anlauf von Gasparagarten werden. Zur Vermeidung von Gasgefahrungsgegenständen stelle sich das Gaswerk zur Verfügung. — Der recht interessante Vortrag wurde durch allseitigen Beifall bedankt.

Im zweiten Teil des Abends behandelte die letzte Abkündigung der Firma Junker u. Busch, Carl Eilich Schmidt, die Gas-Licht. Sie wies darauf hin, daß das Sparen an Gas nicht nur im Interesse des Geldbeutels des Einzelnen, sondern im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liege. In ihren sehr lehrreichen Ausführungen, die überaus viel praktische Hinweise für die Hausfrau enthielten, legte sie dar, wie an Gas gespart werden kann und gab ein interessantes Bild über die Entwicklung des Gaswesens von seiner Entstehung bis zur heutigen höchsten Vollendung. Sie wies vor allem auf das richtige Verhalten der Gasfächer hin. Zu gleicher Zeit fanden praktische Vorführungen an verschiedenen Gasverbrauchsapparaten statt, die schönsten Proben, Kochen usw. wurden labelllos zubereitet, wie die verarbeiteten Kostproben zeigten. Im Fium fanden die Ausführungen der Referentin noch ihre Ergänzung. Es wurde für ihre sehr belehrenden Darlegungen mit allseitigem Beifall Anerkennung gezollt. Es war ein lehrreicher Abend, der für die zahlreich erschienenen Zuhörer als ein großer Gewinn gebracht werden kann. Die Firma Junker u. Busch stellt eine Reihe der verschiedensten Gasverbrauchsgegenstände aus und bewies damit wieder von neuem ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit und höchste Vollkommenheit ihrer Erzeugnisse.

Einbau einer Schwimmbaden-Wasserreinigungsanlage im Vierzordbad

Die hohen Kostenpreise machen den Badeanstalten recht viel zu schaffen, die Wäckerpreise können den Herstellungspreisen nicht angeglichen werden, wenn nicht die Wassergewinnung herangezogen wird. Es ist daher selbstverständlich, daß man auch Wasserreinigung darüber anstellt, als die betriebstechnische Wäckerreinigung der Badeanstalten auch auf die Wäckerpreise — soweit das Schwimmbad insbesondere in Betracht kommt — wirken. Beim Friedrichsbad ist es besser, sobald das Wasser eines bestimmten Wasserzuges bedürftig ist wie das Vierzordbad. Es betrug, umgerechnet auf die Gesamtzahl der abgegebenden Bäder, im Jahr 1920 für das Friedrichsbad 1,20 M., für das Vierzordbad 1,93 M.; im Jahr 1922 (bis 1. September) für das Friedrichsbad 7,58 M., für das Vierzordbad 17 M. Die Ursache dieses Anstieges, der hiermit seit 1920 noch erheblich zugenommen hat, ergibt sich ohne weiteres aus der Vergleichung des Wasserbedarfes der beiden Badeanstalten: Im Friedrichsbad wurden in den 8 Vergleichsjahren für ein Bad 4,11 — 3,88 — 3,11 Kilo Rohlen verbraucht, im Vierzordbad betrug der Verbrauch 8,58 — 8,40 — 6,88 Kilo also durchschnittlich mehr als das Doppelte des Verbrauchs im Friedrichsbad. Der bedeutende Vorprung, den nach den vorstehenden Darlegungen das Friedrichsbad in Bezug auf seine Wirtschaftlichkeit gegenüber dem Vierzordbad besitzt, hat für die neuerdings leitend genommene Frage, ob angesichts des ständig steigenden Wasserpreises die Aufrechterhaltung des Betriebes der beiden städtischen Bäder nebeneinander auf die Dauer möglich ist, entscheidende Bedeutung bekommen. Die schon seit längerer Zeit eingeleitete Prüfung durch die technischen Ämter hat ergeben, daß ein Ausgleichen möglich ist. Er besteht in der Verbesserung der betriebstechnischen Einrichtungen des Vierzordbades durch Einbau einer Wasserreinigungsanlage mit fortlaufend tätigen Schnellfilter und Chlorgasentkeimung nach System „Vomag“; 2. die vorhandene Dampf- und Kraftanlage wird durch Aufstellung von 2 Dreifachstromgeneratoren und eines Quecksilberdampfmaschinen in der Weise ergänzt und verbessert, daß der Frischdampf künstlich zur Erzeugung von elektrischer Energie in das allgemeine städtische Stromnetz und nur der Abdampf für die Zwecke des Badbetriebes Verwendung findet. Der entstehende Kostenaufwand mit zusammen 5,8 Millionen Mark wird aus Anleihenmitteln gedeckt und der dem Anleihenstock entnommene Betrag diesem aus Wirtschaftsmitteln der kommenden drei Rechnungsjahre zurückerstattet.

Der Vorteil der Schwimmbadenwasserreinigungsanlage liegt hauptsächlich darin, daß das Wasser längere Zeit benutzbar ist und sich außerordentlich rein hält und von Bakterien frei ist. Eine Verbilligung des Stadtbades in Karlsruhe, das mit vorstehend erwähneter Reinigungsanlage versehen ist, hat ergeben, daß das Wasser nach 11wöchiger Benützungsdauer noch völlig klar, durchsichtig und geruchlos war. Der Beweis einer großen Keimlebensfähigkeit ist vollumfänglich erbracht. Man muß sich nur wundern, daß die Stadt Karlsruhe so lange mit dem Einbau dieser vorzeitigen Einrichtung zögert.

An unsere verehrlichen Leser! Infolge zu starken Stoffandrangs, wie Parteibericht usw., mußten mehrere Berichte über lokale Veranstaltungen, wie Stiftungsfest des Transportarbeiterverbandes, Feuerwehreffest usw. auf morgen zurückgestellt werden.

Die Geschichte eines Grabsteins. Man schreibt uns: Einer unserer Mitglieder läßt seinem geliebten Sohn einen Grabstein setzen. Der Stein entspricht im Ausmaß der behördlichen Vorschriften. Und doch wird er beanstandet. Die Schrift hat den Fehler, daß die Anfangsbuchstaben des Namens des Gefallenen groß, die übrigen Buchstaben klein geschrieben sind! Wie leicht wird eine behördliche Vorschrift übertreten! Es erhebt sich die Frage, ob der „Erlassener“ oder der „Vollzieher“ solcher Vorschriften nach Altem gehört, oder diejenigen, die solchen Urteilen dulden. Wir warten auf die Antwort der zuständigen Stelle!

Ein Bild hinter die Kulissen der Varietés. Wenn die Kritiken, so wie uns aus Kritikenreisen geschrieben, die Kompe betreten und mit ihren Vorurteilen das Publikum unterhalten, so wird ihnen stets großer Beifall zuteil. Die Besucher sind auch der Meinung, daß die Kritiken geradezu fürstliche Wagen für ihre oft halbdreierliche Arbeit erhalten. Nach außen scheint es auch so, wie aber einen Blick hinter die Kulissen tut, d. h. sich um die soj. Wagen etwas interessiert, der wird bald finden, daß die Varietés und Kaffeehauskritiken schlecht entlohnt werden, so daß sie nicht einmal recht ihren Lebensunterhalt bestreiten können, von einer Anwartschaft von Gabeln, Requisiten usw. gar nicht zu reden. Aber immer noch ist Tipp-topp aufzutreten. Die Geschäfte bewegen sich in diesem Etablissement zwischen 3800—7000 M. im Monat, also eine Summe, mit der doch herzlich schlecht auszukommen ist, insbesondere wenn man 100 M. ist und sich deshalb so wie der Lebensunterhalt leucrer gestaltet. Die anfänglichen verdienenden Kritiken sind ebenso schlimm daran, ja schon die Redigenten können kaum noch nicht bestreiten. Der Kritikerat der gewerkschaftlich organisierten Kritiken hat die nötigen Schritte unternommen, um die Kritiken aus ihrem Hungerlohn zu befreien. Der Schlichtungsausschuß hat die Sache in den Händen. Die Öffentlichkeit über die wahre Lage der Kritiken zu unterrichten, halten wir für angebracht.

Von der Mietervereinsung erhalten wir folgende Zuschrift: Auf die Neuorganisation des Mietervereins in Nr. 210 des „Volkshaus“ wird folgendes erwidert: Zu 1. Wenn auch dem Mietervereinsung, Blumenstraße, von den „Fällen“ nichts bekannt ist, so hat er doch sein ganzes bisheriges Verhalten dem Wohnungsmarkt die Entlohnung sehr leicht gemacht, ja gewissermaßen das Beste unterstellt. Schon die Gründung des Vereins, durch ein ausgesprochenes Mitglied unseres Vereins, war hauptsächlich als Oppositionsverein gegen unsere Verein, also dem größten Teil der organisierten Mieter gerichtet. — Zu 2. In der Behauptung, daß der Mieterverein in Karlsruhe (V. u. M. v. K.) bei Neuorganisation der Mietzinsen mit dem Hausbesitz geümmelt hat, muß festgestellt werden: Bei Festsetzung der Grundmiete auf 5 Proz. stimmte der M. v. K. zu, während mit uns. In allen anderen Positionen, speziell bei den Instandhaltungskosten, stimmte er gegen und zwar mit der Bemerkung, daß man den Kopf nicht in den Sand stecken solle. Dieses besondere Verhalten für den Hausbesitz gegenüber dem M. v. K. kann auch durch Herrn Bürgermeister Schreiber ein besonderes Lob ein. Aus dem wieder dafür hätten die Parteien des M. v. K. (wenn nicht das Verhalten des allgemeinen Gemeinwesen wäre, sogar der Hausbesitz vor etwas beifällig) auch dem schwebelnden hohen Prozentsatz für gewerbliche Räume zugestimmt. Allerdings trat zum Schluß der Verhandlungen zur allgemeinen Heberhöhung der Fall ein, daß der M. v. K. gegen seine bei der Einzelberatung zu Tage getretene Heberzeugung alle seine eigenen Zustimmungen ablehnte und mit uns stimmte, d. h. die Gesamterhöhung ablehnte. Nebenfalls hatte in dem Moment der M. v. K. gerade den Kopf im Sande.

Obst, Postle, Wähler, Eisenbahnler, Abete, Korrektor. Die Firma Nähmaschinenhaus „Ereffe“ G. m. b. H. hat in ihrem Schaufenster Ecke Kaiser-Allee und Westendstraße während der Herbstwoche einige sogenannte „Ereffe“ Nähmaschinen angestellt. Mit dieser Anlage ist ein hübscher Beleuchtungseffekt verbunden, worauf wir an dieser Stelle hinweisen möchten. (Siehe Anzeige.)

Preisliste. N. N. — N. C. Mühlburg 1:0. N. C. Pöschel — Sportklub Freiburg 3:0. N. C. — Germania Wörplingen 4:0. Franconia — Weirtheim 5:2.

Freibremdenbühne: In der Nacht vom 12. Sept. wurde aus einer tiefen Kabellinie ein noch unterholener Ledertreibriemen, 4 Meter lang, 8 Zentimeter breit, im Werte von 12 000 M. entwendet, ferner zu gleicher Zeit aus denselben Anwesen aus einem verfallenen Schrank der Petrok von etwa 180 M. — Am 12. Sept. wurden aus einer tiefen Kasse folgende Treibriemen entwendet: 1 Treibriemen 4,75 Meter lang, 35 Millimeter breit, 1 Treibriemen 3,50 Meter lang, 65 Millimeter breit, und 1 Treibriemen 7,75 Meter lang, 75 Millimeter breit, sämtliche Riemen sind 4 Millimeter stark und sehr gut erhalten. Gesamtwert 40 000 M.

Valuta-Bericht vom 18. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 34,5 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 572 M. per 100. Gold; Schweiz notierte etwa 270 M. der schw. Fr.; England notierte etwa 8580 M. per 100. Sterl.; Frankreich notierte etwa 113 M. per 100. Fr.; Neuhavort notierte etwa 1489 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 18. September. Vorwiegend heitere Witterung; Meistens bewölkt, mäßige Regenfälle, kühl, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins. Schaffhausen 272, Gef. 80; Neß 378, Gef. 12; Regen 801, Gef. 35; Rammstein 510, Gef. 42 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion. W. S. Karlsruhe. 1. Ein elektr. Kocher mit 1 Liter Inhalt nimmt in einer Stunde etwa 450 Watt auf, d. h. in 2 1/2 Stunden verbraucht derselbe 1 kWh. 2. Der Stromverbrauch entspricht einer rund 700 Kerzen starken gasgefüllten Glühlampe.

Karlsruher Herbstwoche 1922

Der Festzug am Memmisch-platzigen Sonntag (24. September) wird auf Wunsch vieler Offiziersbesucher, insbesondere der Geschützbesitzer der öffentlichen Kasernstrasse, auch durch die Wäckerstrasse und den östlichen Teil der Kaiserstrasse zum Marktplatz geführt werden. Der Weg, den der Festzug nimmt ist folgender: (Nördlich) an der ehemaligen Drogerie (Kaserne), Kaiserallee, Kaiserplatz, Kaiser- und Wäckerstrasse, Schöpl'g, Wäckerstrasse, Kaiserstrasse, Marktplatz, Karl-Friedrich- und Erlingerstrasse bis zum Festplatz, wo sich der Zug auflöst. Die Bevölkerung der Stadt wird nochmals ermahnt, die Festzugsteilnehmer, meist Pfälzer, Saarländer und Altsachsen, auf dem Wege freundlich zu beachten und die Häuser zu besorgen.

Aus dem Lande

Durlach. — Ein alter Veteran der Durlacher Parteibewegung, der 80jährige Schuhmachermeister Friedrich Kuchler, wurde am vergangenen Samstag zu Grabe getragen. Er ist in den letzten zwei Jahrzehnten in der Partei wenig mehr hervorgetreten und daher den jüngeren Genossen weniger bekannt. Dagegen wissen die Älteren unter uns sehr wohl seine Tätigkeit unter Sozialistengesetz und nach dessen Fülle zu würdigen und werden ihm, der bis in sein hohes Alter der Partei innerlich treu blieb, ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Schweinemarkt vom letzten Samstag war mit 178 Käufer- und 308 Verkäufern besetzt, wovon 250 Ferkel und 150 Käufer veräußert wurden. Die Preise pro Paar bewegten sich für Käufer zwischen 4500—9500 M., für Ferkel zwischen 8500—12000 M.

Waden-Waden. — Städtische Schauspiele. Die wiederbeginnende Spielzeit der Städtischen Schauspiele brachte als erste Neuentstehung Georg Kaisers „Frauenopfer“ heraus. Auf gleicher künstlerischer Höhe hielten sich zwei Opernvorstellungen von „Bildsäule“ und „Margarethe“ unter Paul Heims Leitung, denen sich Strauß' „Salome“ anreihen wird. Von Konzerten ragte ein unter dem Protektorat von Frau Clara Fiedler-Schwarz stehendes großes Wohlwollenskonzert heraus, in dessen Mittelpunkt eine ausgezeichnete Aufführung von Bruch's „Freihof“ stand. Besonders glanzvoll die Veranstaltung ferner durch die Mitwirkung des berühmten Violonisten Josef Schwarz und der Kammerfängerin Tracema-Brigelmann.

Bühl. — Hochwasser. Der langanhaltende Regen hat ein starkes Anschwellen der Bühl zur Folge gehabt. Schaden ist jedoch nicht angerichtet worden. Das Wasser ging dicht unter den Brücken hinweg, führte aber aus dem Bühlertal viel Holz mit sich. Die Feuerwehrröhre mußte mehrfach eingreifen. Dagegen hat die Acher im Uferland mancherlei Schaden angerichtet. In Orlte n h ö f e n wurde am Freitag abend die Wehr alarmiert, verschiedene Häuser wurden geräumt, wobei viel Schaden angerichtet, viel Holz wurde fortgeschwemmt. Groß ist auch der Schaden durch das Fortschwemmen des Schindels. Auch in Kap-Perlebach mußten mehrere Häuser geräumt werden. Das Wasser fällt jetzt wieder. Auch aus Mensehen wird mannigfacher Schaden berichtet.

Offenburg. — Hochwasser. Infolge der starken Niederschläge fähet die Kinzig seit heute morgen Hochwasser und ist 2 1/2 Meter über die Ufer getreten. Hunderte von Bäumen und Gebüsch wurden fortgeschwemmt. Was nicht fortgetrieben wurde, verfault auf den Weiden.

Letzte Nachrichten

Wahlen in Braunschweig. — Braunschweig, 17. Sept. Bei den heutigen allgemeinen Wahlen der unbesetzten Mitglieder des Rat der Stadt erhielten die Liste der sozialdemokratischen Partei 5533, die Liste der Anhängigen 14 508, die Liste der Kommunisten 4823, die wirtschaftliche Einheitsliste 22 006 und die Liste der Deutschdemokraten 3250 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 98 148.

Die Katastrophe von Smyrna

Paris, 16. Sept. Nach den über die Katastrophe von Smyrna hier vorliegenden Nachrichten sind mindestens drei Fünftel der Stadt eingeebnet. Das europäische Viertel mit seiner modernen Geschäftshäusern, seinen reichen Vorräten und Lagerhäusern liegt völlig in Asche. Der Schaden wird auf mindestens 2 1/2 Milliarden Francs beziffert. Scheint das türkische Volk das von den Flammen verschont blieb, scheint das türkische Volk, das das Feuer von den Gassen abgeleitet worden sei. Die Zahl der Toten ist auch noch nicht annähernd abgeschätzt. Nach Meldungen aus London sollen die Straßen voll von Leichen liegen. Auch zahlreiche Europäer scheinen ums Leben gekommen zu sein. Unter den Toten befinden sich u. a. der Direktor des englischen Postamts und ein griechischer Arzt. — Die Katastrophe von Smyrna hat auch die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Man schätzt die Zahl der Verwunden, die falls sie sich nicht retten oder verproviantieren können, zum Hungertode verurteilt sind, auf ungefähr 100 000.

Schrittleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Legie Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heilbronner N. V.: Hermann Kadel; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wirtschaftliche Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Alt. Weststadt.) Morgen Dienstag abend nach dem Turnen Abteilungsverammlung im Lokal „Unter den Linden“. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Durlach. (Allgem. deutscher Gewerkschaftsbund.) Donnerstags abend 8 Uhr Vertreterversammlung im „Karlshof“. Erscheinen aller Vertreter notwendig. Kartellkommission. Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch, den 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr, Parteiversammlung mit Vortrag des Genossen Strauß-Karlsruhe über Genossenschaftliches Versicherungswesen. Vollständiges Erscheinen erwünscht. [1784 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Emil Erhardt, Privatmann, Wilmers, alt 80 Jahre. Rosa, alt 2 Jahre, Vater Kaspar Meher, Schneider. Bernhard Müller, Eisenmacher, ledig, alt 63 Jahre. Mathilde Worf, alt 69 Jahre, Witwe des Schuhmachers Thomas Worf. Karol. Creelius, ledig, alt 60 Jahre. Susanna Gurtler, alt 78 Jahre, Ehefrau des Hutmachers Karl Gurtler. Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Montag, 18. Sept. 7 1/2 Uhr: Christof Greiner, Aufseher, Baummeister. 8 1/2 Uhr: Elisabeth Kleinbient, Lokomotivheizer. Witwe, Weidestr. 44. 1 Uhr: Frieda Scheinhof, Stellvertreterin, Weidestr. 44. 2 Uhr: Karoline Creelius, Weidestr. 44. 3 Uhr: Mathilde Worf, Schuhmacher. Witwe, Weidestr. 45. 4 1/2 Uhr: Helene Weingel, Bahnarbeiterin, R. Ruppert, Kuchtr. 23. Feuerbestattung. 4 Uhr: Emil Erhardt, Privatmann, Weidestr. 28. 7 1/2 Uhr: Bernhard Müller, Eisenmacher, Marie-Alexandrastr. 22. Feuerbestattung. 5 Uhr: Susanna Gurtler, Hutmachers-Ehefrau. Weidestr. 24.

